

26./XI. 1916

Wirtschaftliche Rundschau.

Unter den Augen des Kaisers, dessen irdische Güte noch heute im Schönbrunner Schlosse ruht, hat sich das wirtschaftliche Leben in Oesterreich völlig verändert. Die verhältnismäßig einfachen Betriebsformen aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts sind den kunstvollen Gebilden gewichen, die in Handel und in Produktion, im Kreditwesen und im Verkehr dem modernen Wirtschaftsstaate das kennzeichnende Gepräge verleihen. Die Wirksamkeit des Herrschers kann sich gegenüber einer solchen ökonomischen Umwälzung nur in der Tätigkeit seiner Beamten äußern. Die sind in den langen Regentenjahren des vereinigten Monarchen zu beinahe unermesslichen Scharen angewachsen und mußten in den neu gearteten „wirtschaftlichen Ressorts“ Aufgaben übernehmen, die vorher der Staatsgewalt völlig unbekannt waren. Bei alledem ist aber der Geist der österreichischen Beamtenwelt derselbe geblieben. Sie wußte, daß der oberste Gebieter, wenn er auch nur mit den höchsten Spitzen der Bureaucratie persönlich verkehren konnte, doch über alle wichtigeren Dienstesangelegenheiten informiert werden mußte und, selber ein Muster strenger Pflichterfüllung, nichts mehr gehaßt hat als Pflichtverletzung und Pflichtverleumdung. Wenigen war es aber bekannt, daß selbst die Angelegenheiten des kleinen Staatsbeamten den Monarchen, insofern er darüber zu entscheiden hatte, besonders interessiert haben. Die Vorschläge für Auszeichnungen geringeren Grades — für solche, die nicht einmal den Charakter von Orden auswiesen, sondern diesen bloß „affiliert“ waren — mußten genau begründet werden; war dies nicht der Fall, ergab sich (nach der Altenlage) kein wirkliches Verdienst, so wurden sie zurückgewiesen. Grundlegende Reformen, wie sie dem Zeitalter Maria Theresias beschieden waren, sind in der Zeitepoche Kaiser Franz Josefs nicht vorgekommen. Aber an Pflichttreue und Redlichkeit konnte seine Beamtenenschaft niemals übertroffen werden.

Sind jedoch diese Eigenschaften, so unendlich hoch sie auch gewertet werden müssen, für das Wirtschaftsleben regelnden, mit ihnen in innigem Konnex befindlichen Staatsangestellten hinreichend? Ihre Gesamtheit betrifft diese Frage und nicht etwa bloß Minister und Sektionschefs, auf die allein die große Deffektivität blüht, mit denen ihre Vertretungen sich besprechen und beraten. Daher kommt es, daß jedem Personenwechsel eine übertriebene Bedeutung beigelegt wird. Man tauscht gern einer geschickt verfaßten programmatischen Erklärung und vergißt, daß ihre Wirkung die Zeit, die zu ihrem Lesen erforderlich ist, nicht überdauert. Und wer sich von schwungvollen, in den Zeitungen veröffentlichten Regierungserlässen etwas verspricht, dem ist es unbekannt, daß von den größeren Ministerien Tag für Tag mehrere hundert Erlässe den untergeordneten Instanzen zukommen, um früher oder später „kartiert“ zu werden oder im Massengrab der Archive zu modern. So mächtig, so tatenfreudig und willensstark ein Minister auch sein mag, wie gering, wie ungemein gering ist seine Kraft, wenn es gilt, den schwerfälligen, holperigen Gang der ungeheuren Verwaltungsmaschinerie selbst nur um ein wenig zu beschleunigen. Die Fehler der ganzen Kriegswirtschaft wurzeln, wie dies auch in Deutschland erkannt worden ist, hauptsächlich darin, daß man, nach den Worten des Reichstagsabgeordneten Seilbrunn, auf die Langwierigkeit und Unsicherheit „des Weges der schematischen Regelung durch Verordnung vom oben her“ niemals gedacht und niemals versucht hat, „einmal den umgekehrten Weg zu gehen und die Organisation von unten her, vom individuellen Sitz des Problems im Einzelfall her, aufzubauen“. Wie sollte gar in Oesterreich ein solcher Gedanke ausbauchen, wo es seit jeher dem Staatsbeamten schwer verlißt wird, wenn er über seine Dienstesangelegenheiten eigene Gedanken hat oder gar sie öffentlich zu äußern wagt. Er darf dichten, Romane, Romane und Theaterstücke schreiben, aber über das Fach, dem er sich während seines ganzen langen Daseins weihet, muß er schweigen. Zwar bekommt man hier und da die fachlichen Abhandlungen hoher Funktionäre zu Gesicht — aber sie müßten vorher der Prüfung der Vorgesetzten unterzogen werden, so daß ihnen in Wirklichkeit nicht die Eigenschaft einer privaten Meinungsäußerung, sondern bloß der einer amtlichen Erklärung zukommt. Die Kenntnis und die Erfahrung, die Initiative und die Erfindungsgabe der großen Masse der staatlichen Beamtenenschaft — und auf die kommt es gerade auf dem Wirtschaftsgebiet am meisten an — gehen unwiederbringlich verloren, was hauptsächlich die Mechanisierung der Verwaltung bewirkt. Wenn dieser die Bewältigung immer neuerer und schwierigerer Aufgaben zugemutet, wenn in letzter Zeit von einer weitgehenden staatlichen Einflussnahme auf die industrielle Tätigkeit und von einer Verstaatlichung der Rüstungsindustrie gesprochen wird, so ist dies auf die Unkenntnis der herrschenden Verhältnisse zurückzuführen. Die militärische Organisation ist infolge der allgemeinen Wehrpflicht der Bevölkerung nicht ganz fremd. Hinter die Kulissen der Zivilverwaltung können aber die in freien wirtschaftlichen Berufen Tätigen nur höchst selten Einblick gewinnen.

In diesen Zusammenhang gehört auch ein kurzer Hinweis auf die trostlose materielle Lage der Beamtenenschaft. Dem Bankdirektor, dem Industriellen, dem großen Kaufmann, der mit einem höheren Beamten, zum Beispiel mit einem Regierungsrat, mit einem Oberbaurat, mit einem Oberschulrat usw. unterhandelt, kommt es nicht entfernt in den Sinn, zu glauben, daß das gesamte Dienstseinkommen des Mannes, der für ihn den Verweiser der Staats-

gewalt darstellt, in der Regel nicht einmal achttausend Kronen jährlich erreicht. Und der überwiegenden Mehrheit der Beamten ist sogar zum Abschluß ihrer Laufbahn die Erreichung dieser Rangs- und Einkommensstufe ver sagt. Die stets unzulänglichen Geldbezüge bleiben von dem Gedeihen oder Nichtgedeihen der Volkswirtschaft unberührt. Es darf daher wohl angenommen werden, daß die Begeisterung der Beamten an dem Aufschwung des Geschäftslebens — den sie, jeder in seinem Pflichtenkreise, herbeizuführen bestrebt sein sollten —, daß ihre Befriedigung an glänzenden Erträgen und hohen Dividenden nicht ganz echt sein kann.

Der Ministerpräsident hat vor wenigen Tagen den Anbruch einer neuen Zeit verkündet. Die darf während der Kriegszeit und noch mehr in der Uebergangsperiode und in der kommenden Friedenszeit die eifrige Mitarbeit aller wirtschaftsfähigen Beamten nicht vermissen. Der Maulkorb in fachlichen Fragen muß von ihr genommen werden. Steht er doch in merkwürdigem Gegensatz zu der Freiheit, sich in politischen Angelegenheiten zu äußern und zu betätigen. Ein nicht geringer Bruchteil der Abgeordneten des Reichsrates sind Staatsbeamte. Neben der Politik gewinnen aber die wirtschaftlichen Fragen immer mehr an Wichtigkeit, ja sie bilden einen immer bedeutsameren Teil der Politik, so daß man getrost einem alten Satz die Fassung geben könnte: Zuerst leben und dann politisieren. Ein Widerspruch ist es daher, wenn auf diesem Felde nur schematische Leistung verlangt, die völlige Eingabe des Einzelnen aber zurückgewiesen worden ist. Aus der Armee der Staatsbeamten, deren Unterhaltskosten gegenwärtig größer sind als vor wenigen Jahrzehnten die gesamten Ausgaben des Staates, können zum Bau des neuen Oesterreich, an dessen Schwelle wir jetzt stehen, genügend taugliche Kräfte geschöpft werden. Die Volkswirtschaft bedarf ihrer und ebenso der junge Herrscher, dem es beschieden sein möge, zur Erfüllung seiner schwierigen Aufgabe nicht bloß in der engeren Umgebung, sondern überall im Reiche die erforderlichen tauglichen Werkzeuge zu finden.